Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

262 (8.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 262 | Dienstag, den 8. November 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Ergebnis der Reichstagswahlen wird von den Parteien sehr verschieden ausgemünzt. In Regierungskreisen erklärt man, daß keine Veranlassung bestehe, den Kurs zu ändern.

•

Die Nationalsozialisten werden durch ihren Führer Hitler zu neuem Kampf gegen die Regierung Papen aufgerufen.

•

Das Reichskabinett soll sich am Mittwoch erneut mit den Kontingentierungsfragen beschäftigen, nachdem die Grüne Front einen weiteren Vorstoß unternommen hat.

•

Der Berliner Verkehrsstreik hat seinen Höhepunkt überschritten, bei weiterer Fortdauer der Sabotage rechnet man mit Erklärung des Ausnahmezustandes.

•

Für die am Dienstag stattfindenden amerikanischen Präsidentenwahlen rechnet man mit einem Siege des demokratischen Kandidaten Roosevelt.

*

Der französische Kabinettsrat befaßte sich am Montag mit Maßnahmen zum Ausgleich des Haushaltsplanes. Der wieder in Paris weilende Ministerpräsident Herriot erklärte Pressevertretern, daß die französische Lage in Genf nach der Darlegung des Abrüstungsplanes sich wesentlich gebessert habe.

*

Im Unterhaus bezeichnete Ministerpräsident Macdonald als ein gutes Mittel zur Linderung der Arbeitslosigkeit die Rückbewegung zum Lande; die Landwirtschaft müsse ein wichtiger Teil der englischen Wirtschaft sein.

*

In der Montagssitzung des Büros der Abrüstungskonferenz ergaben sich weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Frage der internationalen Abrüstungskontrolle.

*

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat neben Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen das Gesamtkabinetts und anderer Anträge die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt.

Die Finanzen der Gemeinden

Ein Schreiben Dr. Mulerts an den Reichskanzler

Berlin, 7. Nov. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, hat an den Reichskanzler neuerdings ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den bevorstehenden **Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden** hinweist und die Forderung der Städte in sieben Punkte zusammenfaßt, in denen es u. a. heißt:

1. Es ist notwendig, die Arbeitslosenhilfe vom Gemeindehaushalt finanziell loszulösen und einheitlich zusammenzufassen.

2. ist es dringend erforderlich aus den Ersparnissen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die ungedeckten Mehrausgaben in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zu finanzieren und die Reichshilfe um den Betrag von rund 200 Millionen RM. sofort zu erhöhen.

3. Die Gemeinden müssen in die Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit eingegliedert werden.

4. Eine entscheidende Initiative des Reiches ist in der Frage der langfristigen Zinsbelastung dringend geboten mit dem Ziele gangbare Wege zu einer Verminderung der Zinsverpflichtungen im gleichen Interesse von Schuldner und Gläubiger, sowie der gesamten Volkswirtschaft zu finden.

5. Die Frage der kommunalen Umschuldung muß abschließend beschleunigt gelöst werden.

6. Die Gemeinden erwarten, daß die Reichsregierung zu der geforderten Besteuerung öffentlicher Betriebe nicht die Hand bietet.

7. Die Gemeinden müssen in eine nähere staatsrechtliche Beziehung zum Reich treten, die ihre Zusammenarbeit und ihre Betreuung nach einheitlichen Gesichtspunkten nach sich zieht und damit die Wiederkehr solcher unmöglichen Situationen, wie sie in der Gegenwart eingetreten sind, ein für allemal verhindert.

Gustav-Adolf-Feier in Upsala

Upsala, 7. Nov. In der Universitätsaula in Upsala fand in Gegenwart des Königs Gustav, der Großherzogin-Witwe Hilda von Baden und der Spitzen der Behörden die feierliche Promotion von über 100 Doktoren und Ehrendoktoren statt. Aus Deutschland wurden neun Hochschullehrer zu Ehrendoktoren promoviert, die sich außer dem Marburger Theologieprofessor Rudolf Otto, dem Freiburger Mediziner Aschoff und dem Lübecker Staatsarchivar Kretschmar persönlich in Upsala eingefunden hatten. Es waren dies die Theologen Geheimrat Deißmann-Berlin, Geheimrat von Dobschütz-Halle und Prof. Stange aus Göttingen. Von der juristischen Fakultät der Leipziger Professor Richard Schmidt, von der medizinischen Fakultät Geheimrat Sauerbruch und von der philosophischen Fakultät Professor Erwin Bauer vom Kaiser-Wilhelm-Institut.

Nach der Wahl

Berichtigtes amtliches Ergebnis.

Vom Reichswahlleiter wird folgendes berichtigtes amtliches Endergebnis der Reichstagswahl mitgeteilt:

N.S.D.A.P.	11 713 785	=	195	Mandate
S.P.D.	7 237 894	=	121	„
K.P.D.	5 947 209	=	100	„
Zentrum	4 228 633	=	69	„
D.N.V.P.	3 064 977	=	51	„
Bayer. Vp.	1 81 932	=	19	„
D.V.P.	660 092	=	11	„
Dt. Staatsp.	338 064	=	2	„
Chr.Soz.	412 685	=	5	„
Wirtschaft.P.	110 181	=	2	„
Dtsch.Hann.	63 999	=	1	„
Dtsch. Bauernp.	148 990	=	3	„
Thüring. Landb.	60 065	=	1	„
Dt. Landvolk	46 498	=	—	„
Württemb. Bauernb.	105 188	=	2	„
Volksr.P.	46 096	=	—	„
Sonstige Parteien	109 018	=		„
Insgesamt	35 402 360	=	582	**Mandate**

Die **prozentualen Berechnungen** stellen sich wie folgt:

	im alten Reichst.	im neuen Reichst.
Nationalsozialisten	37,4 Prozent	33,1 Prozent
Sozialdemokraten	21,6 Prozent	20,5 Prozent
Kommunisten	14,5 Prozent	16,8 Prozent
Zentrum	12,5 Prozent	11,9 Prozent
Deutschnationale	5,9 Prozent	8,6 Prozent
Bayerische Volkspartei	3,2 Prozent	3,1 Prozent

*

Das Ergebnis der Reichstagswahl ist gekennzeichnet durch den starken Rückgang der Nationalsozialisten, die Verluste der Sozialdemokraten und des Zentrums. Wenn man auch einen Teil dieses Stimmenrückgangs auf die geringere Wahlbeteiligung zurückführen kann, eine Parteiumschichtung ist eingetreten, die im allgemeinen den Voraussagen entspricht, wenn auch bezüglich der Nationalsozialisten ein größerer Rückgang eintrat als man erwartete.

Die erste Frage ist die **Auswirkung auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Nationalsozialisten und Zentrum**, die im alten Reichstag die absolute Mehrheit inne hatten, ist es unmöglich geworden durch eine Koalition eine Mehrheit zu schaffen, selbst wenn die Bayerische Volkspartei mittäte. Es muß noch eine Gruppe dazu genommen werden. Die Nationalsozialisten, die bisher gegenüber der Linken (Sozialdemokraten und Kommunisten) eine Mehrheit besaßen, sind durch die kommunistischen Erfolge in die Minderheit gedrängt. So sind die Koalitionsschwierigkeiten fast noch größer geworden, wie im alten Reichstag. Die Entscheidung liegt wieder an der Haltung des Zentrums. Schlägt es sich zur Rechten zusammen mit Natios., Deutschnationalen und DVP., so ist eine starke Mehrheit gegeben. Würden aber die Nationalsozialisten mit der Linken paktieren, so hätten sie eine Zweidrittelmehrheit, denn die Parteien mit sozialistischem und kommunistischem Einschlag erhielten mehr als 400 Sitze. Die Aussichten auf ein Parlament der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitswilligkeit sind durch die Wahl nicht größer geworden; das Reichskabinett Papen, das ja ein überparteiliches Kabinett sein soll, hat parlamentarisch kaum eine Möglichkeit sich durchzusetzen.

Nun herrscht wieder Burgfrieden für vierzehn Tage und damit Zeit zur politischen Auswertung und Ueberprüfung des Wahlergebnisses. Der Reichstag muß nach Artikel 23 der Reichsverfassung spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten, dies wäre also der 6. Dezember.

*

Die einzelnen Wahlkreise wählten:

Wahlkreis 1: Ostpreußen. NS. 422 494 (536 278), Soz. 211 363 (223 938), K. 148 026 (147 393), Z. 79 810 (88 069), DN. 153 263 (107 998), DVP. 14 897 (9519), Stp. 5918 (6399), CVD. 15 245 (14 422), WP. 1248 (1614), Ldv. — (950).

Wahlkreis 2: Berlin. NS. 265 860 (281 531), Soz. 282 186 (319 361), K. 448 684 (382 505), Z. 48 875 (52 300), DN. 103 297 (76 163), DVP. 6275 (4417), Dem. 12 511 (13 259), CVD. 5033 (4156), WP. 832 (1997), DB. 73 (209).

Wahlkreis 3: Potsdam 2. NS. 341 883 (371 693), Soz. 267 559 (296 309), K. 272 149 (228 222), Z. 53 708 (58 499), DN. 178 951 (177 641), DVP. 20 146 (12 727), Dem. 22 445 (23 616), CVD. 6214 (5087), WP. 1293 (2772), DB. 333 (232).

Wahlkreis 4: Potsdam 1. NS. 414 354 (482 226), Soz. 285 837 (338 037), K. 287 307 (254 578), Z. 32 800 (37 406), DN. 155 484 (113 585), DVP. 12 391 (9572), Stp. 11 209 (13 282), CVD. 6540 (6226), WP. 3026 (4750), Ldv. 446 (433), Sonstige 7453.

Wahlkreis 5: Frankfurt-Oder. NS. 389 008 (451 080), Soz. 207 634 (219 885), K. 90 300 (104 229), Z. 56 656 (59 369), DN. 118 985 (86 565), DVP. 12 650 (9079), Stp. 5900 (6829), CVD. 5312 (4966), Ldv. — (1274).

Wahlkreis 6: Pommern. NS. 424 816 (511 558), Soz. 195 105 (223 618), K. 119 116 (114 613), Z. 12 052 (15 790), DN. 205 656 (168 241), DVP. 10 779 (9364), Stp. 5658 (8256), CVD. 7015 (6437), WP. 2560 (3037), Ldv. 910 (933), Sonstige 10 267.

Wahlkreis 7: Breslau. NS. 440 359 (489 835), Soz. 251 626 (274 989), K. 114 791 (99 343), Z. 163 468 (166 044), DN. 81 051 (63 5123), DVP. 6891 (5253), Dem. 5811 (5167), CVD. 9912 (9767), WP. 1675 (2554), DB. 658 (657), Sonstige 16 139.

Wahlkreis 8: Liegnitz. NS. 290 395 (350 975), Soz. 181 577 (191 835), K. 68 067 (55 342), Z. 49 279 (52 385), DN. 68 308 (50 494), DVP. 7969 (5668), Stp. 5906 (7270), CVD. 7642 (8701), WP. 3365 (3988), Ldv. 2512 (1307), Sonstige 8094.

Wahlkreis 9: Oppeln. NS. 178 512 (201 091), Soz. 60 727 (60 519), K. 112 345 (118 342), Z. 238 625 (241 730), DN. 53 442 (48 137), DVP. 2818 (1976), Stp. 1319 (1217), CVD. 1077 (1503), WP. 1288 (2300), Ldv. 798 (942), Polen 12 059.

Wahlkreis 10: Magdeburg. NS. 383 560 (447 257), Soz. 305 128 (330 181), K. 130 534 (112 758), Z. 18 461 (20 835), DN. 104 143 (76 203), DVP. 20 418 (12 727), Stp. 7679 (10 924), CVD. 3155 (2715), WP. 1596 (2631), Ldv. 761 (127), Sonstige und Ungültige 7907.

Wahlkreis 11: Merseburg. NS. 281 283 (358 736), Soz. 159 121 (156 916), K. 219 742 (204 469), Z. 12 267 (13 376), DN. 101 069 (67 948), DVP. 17 269 (10 487), Dem. 6875 (8343), CVD. 3483 (3452), WP. 5524 (331), DB. 3384 (1108), Sonstige 15 068.

Wahlkreis 12: Thüringen. NS. 472 821 (583 592), Soz. 275 215 (297 873), K. 248 119 (225 523), Z. 56 121 (62 363), DN. 91 900 (63 699), DVP. 35 226 (21 952), Stp. 9878 (13 074), CVD. 6611 (6619), Hann. 342 (—), WP. 4058 (3650), Thür. Landbund 60 065 (54 893), für Hindenburg und Papen 2922.

Wahlkreis 13 Ost-Hannover. NS. 251 391 (307 030), Soz. 136 950 (151 611), K. 60 794 (50 146), Z. 7816 (8783), DN. 70 765 (52 199), DVP. 11 316 (8260), Stp. 4328 (6199), WP. 630 (2), CVD. — (4303), Ldv. 1449 (713), Hann. 36 893 (28 490).

Wahlkreis 14: Weser-Ems. NS. 269 867 (335 568), Soz. 183 058 (195 742), K. 86 687 (68 952), Z. 150 730 (159 597), DN. 91 407 (69 119), DVP. 30 347 (15 432), Dem. 9572 (10 814), CVD. 9408 (8486), WP. 882 (1594), DB. 2457 (2367).

Wahlkreis 15: Schleswig-Holstein. NS. 432 056 (506 117), Soz. 233 466 (259 634), K. 125 286 (106 058), Z. 9605 (12 277), DN. 96 944 (64 767), DVP. 20 291 (14 031), Stp. 11 449 (14 036), CVD. 7820 (6846), WP. 1439 (1734), Ldv. — (412).

Wahlkreis 16: Süd-Hannover-Braunschweig. NS. 484 840 (565 948), Soz. 369 918 (387 984), K. 127 600 (99 760), Z. 55 966 (61 171), DN. 88 850 (62 613), DVP. 26 296 (16 392), CVD. 7375 (5597), WP. 867 (1712), DB. 933 (665), Sonstige 1435.

Wahlkreis 17: Westfalen-Nord. NS. 307 717 (368 416), Soz. 233 554 (258 514), K. 217 943 (187 042), Z. 439 621 (472 150), DN. 98 423 (81 587), DVP. 26 852 (17 957), Dem. 3517 (4817), CVD. 27 038 (23 745), WP. 2759 (5716), DB. 9854 (4944), VR. 1335 Stimmen.

Wahlkreis 18: Westfalen-Süd. NS. 357 486 (404 850), Soz. 240 469 (278 883), K. 333 591 (306 687), Z. 332 005 (351 686), DN. 89 902 (70 090), DVP. 21 147 (14 976), Stp. 6456 (8335), CVD. 40 776 (34 697), WP. 2927 (4690), Ldv. 2223 (1693).

Wahlkreis 19: Hessen-Nassau. NS. 596 285 (645 394), Soz. 291 839 (330 653), K. 191 216 (155 033), Z. 202 753 (222 580), DN. 72 266 (59 171), DVP. 42 385 (23 573), Stp. 12 807 (10 287), CVD. 21 522 (18 489), WP. 2623 (4818), Ldv. 4109 (4105), Sonstige 5520.

Wahlkreis 20: Köln-Aachen. NS. 198 879 (249 086), Soz. 167 839 (180 109), K. 220 911 (216 282), Z. 449 259 (500 375), DN. 59 815 (45 885), DVP. 26 041 (15 411), Stp. 3596 (377), CVD. 5134 (1437), WP. 4592 (9805), Ldv. 2558 (2151), Sonstige 5384.

Wahlkreis 21: Koblenz-Trier. NS. 166 116 (198 718), Soz. 60 237 (60 889), K. 60 979 (59 348), Z. 291 516 (317 970), DN. 37 476 (32 155), DVP. 11 418 (8032), Stp. 1449 (1197), CVD. 2809 (2295), WP. 1396 (259?).

Wahlkreis 22: Düsseldorf-Ost. NS. 324 565 (399 749), Soz. Soz. 138 986 (154 810), K. 340 903 (332 806), Z. 246 654 (260 786), DN. 85 457 (61 938), DVP. 28 948 (14 698), Stp. 3461 (3781), CVD. 19 370 (17 008), WP. 5237 (8313).

Wahlkreis 23: Düsseldorf-West. NS. 244 270 (284 206), Soz. 96 661 (106 797), K. 227 620 (207 893), Z. 331 134 (357 871), DN. 70 279 (61 871), DVP. 15 518 (10 507), Stp. 1867 (2235), CVD. 8548 (8507), WP. 1778 (3876), Ldv. 1007 (—), Sonstige 10 733.

Wahlkreis 24: Oberbayern-Schwaben. NS. 321 273 (385 771), Soz. 194 523 (218 578), K. 152 620 (125 879), DN. 56 955 (49 325), Bayr. Volkspartei 463 310 (521 752), DVP. 9945 (15 141), Stp. 5825 (7393), CVD. 6547 (7566), WP. 4609 (6907), DB. 83 99[illegible] (77 415), VR. 670.

Wahlkreis 25: Niederbayern. NS. 110 487 (129 818), Soz. 53 645 (70 969), K. 56 034 (51 901), Bayr. Volksp. 281 736 (205 297), DN. 13 564 (9606), DVP. 5672 (6277), Stp. 2134 (2851), CVD. 1686 (1880), WP. 1428 (2362).

Wahlkreis 26: Franken. NS. 502 845 (589 865), Soz. 278 644 (313 471), K. 117 619 (102 759), DN. 92 041 (59 939), Bayr. Vp. 335 078 (365 635), DVP. 10 713 (8248), Dem. 6235 (7807), CVD. 17 415 (14 575), WP. 5891 (6748), Sonstige 12 834.

Wahlkreis 27: Pfalz. NS. 228 126 (241 257), Soz. 86 547 (97 036), K. 69 111 (58 986), Z. 120 873 (131 285), DN. 9[illegible]27 (5941), DVP. 11 178 (17771), Stp. 3095 (2421), CVD. 4444 (3656), WP. 996 (1668), Ldv. 687 (546).

Wahlkreis 28: Dresden-Bautzen. NS. 378 826 (456 964), Soz. 328 931 (361 081), K. 189 908 (165 728), Z. 21 465 (24 663), DN. 90 854 (64 197), DVP. 45 687 (34 017), Dem. 16 899 (13 614), CVD. 11 373 (10 922), WP. 11 934 (10 710), DB. 4207 (2990).

Wahlkreis 29: Leipzig. NS. 262 710 (300 424), Soz. 272 342 (275 900), K. 195 877 (158 041), Z. 8936 (9299), DN. 60 837 (37 173), DVP. 28 131 (18 416), Stp. 11 010 (11 427), CVD. 7332 (6111), WP. 8219 (6438), Ldv. 632 (830), Sonstige 3612.

Wahlkreis 30: Chemnitz-Zwickau. NS. 493 251 (549 566), Soz. 253 313 (261 772), K. 242 609 (228 656), Z. 7027 (8095), DN. 57 912 (44 528), DVP. 15 916 (9395), Dem. 6982 (7815), CVD. 24 564 (26 987), WP. 15 535 (13 670), DB. 202 (11373), Sonstige 17 307 Stimmen.

Wahlkreis 32: Baden. NS 464 509 (468 480), Soz. 154 351 (172 474), K. 169 132 (142 543), Z. 329 612 (369 188), DN. 47 400 (38 470), DVP. 23 567 (14 990), Dem 26 903 (27 382), CVD. 21 081 (20 368), WP. 3530 (6114), DB. — (486).

Wahlkreis 33: Hessen-Darmstadt. NS. 329 521 (364 736), Soz. 190 807 (221 720), K. 112 326 (86 183), Z. 114 366 (125 667), DN. 24 727 (15 715), DVP. 24 132 (12 743), Stp. 6091 (4840), CVD. 9989 (7621), WP. 712 (2038), Ldv. 2174.

Wahlkreis 34: Hamburg. NS. 206 705 (254 983), Soz. 218 053 (239 428), K. 166 650 (135 713), Z. 13 303 (15 254), DN. 70 914 (39 651), DVP 25 167 (14 833), Stp. 40 944 (45 706), CVD. 7176 (6535), WP. 1937 (3258), Sonstige 9906.

Wahlkreis 35: Mecklenburg. NS. 183 999 (245 749), Soz. 151 616 (170 411), K. 57 221 (51 049), Z. 4672 (6308), DN. 76 094 (51 981), DVP. 11 752 (9096), Stp. 3585 (4860), CVD. 3118 (2736), WP. 945 (1573), Ldv. 313 (361).

*

Pressestimmen zum Wahlausfall

Berlin, 7. Nov. Die deutschnationale „Montagspost" hebt hervor, daß die Deutschnationalen, die unbedingt zu dem Kabinett Papen hielten, einen erheblichen Erfolg zu verzeichnen haben. Es sei also eine Rückwanderung bürgerlicher Wähler eingetreten. Die Schwierigkeiten einer Mehrheitsbildung im Reichstag würden bei der Lage, wie sie sich aus den Wahlziffern ergebe, noch weit größer sein als im vorigen Reichstag.

Die **„Vossische Zeitung"** sagt, der Glaube an die Mission des Nationalsozialismus sei erschüttert. Der Erfolg Papens sei, daß er das Gespenst der schwarz-braunen Mehrheit gebannt habe. Sein Prestige, das in den letzten Wochen etwas gelitten habe, sei dadurch wieder hergestellt und sogar erhöht.

Die **„Germania"** schreibt unter der Schlagzeile: „Nicht mit dieser Regierung!": Der 6. November setzt schließlich ganz konsequent den Weg der politischen Mißerfolge fort, der die neue Staatsführung kennzeichnet. Unsere rettende Aufgabe sei: politische Entspannung im Innern, um alle willigen Kräfte in Volk und Staat für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau einsetzen zu können.

Die **„Kreuzzeitung"** hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Parlamentarier in der verständlichen Angst um ihre Stellung die gewagtesten Versuche unternehmen wird, um eine „positive" Mehrheitsbildung zustande zu bringen. Daraus könne sich nochmals eine schwere Belastung für die autoritäre Staatsführung ergeben.

Der **„Lokalanzeiger"** hebt hervor, daß die Wahl in dem Sinne ausgegangen sei, den der Kanzler „Durchbruchsschlacht der Selbstbesinnung" genannt habe.

Die **„Deutsche Zeitung"** hofft, daß das Wahlergebnis die Nationalsozialisten wieder zurückführe zu dem Ausgangspunkt ihrer Idee, mit der die Verhandlungen mit dem Zentrum und die mindestens auf den Außenstehenden so wirkende Annäherung an marxistische Forderungen nicht vereinbar seien.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** hebt als hervorstechendstes Ergebnis des Wahlkampfes den Rückgang der Nationalsozialisten hervor, dem innerhalb und außerhalb der Hitlerbewegung große psychologische Bedeutung zukomme. Man müsse von der Führung des Reiches erwarten, daß sie nunmehr die Zügel fest in der Hand behalte und den gesunden Gedanken des Präsidialkabinetts keinesfalls preisgebe. Eine wichtige Frage werde sein, ob Hitler auch diesmal wieder den Anspruch auf den Kanzlerposten erhebe. Jedenfalls scheine die Zeit gekommen, um die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten nun endlich durchzuführen und den ihrer Stärke entsprechenden Einfluß zu gewähren.

Der **„Vorwärts"** hebt hervor, die Genugtuung über den Rückgang der Nationalsozialisten würde durch die Tatsache getrübt, daß die Sozialdemokratie eine gewisse Einbuße an Stimmen zu verzeichnen habe. In Berlin trete als Ursache der Verkehrsstreik offen zutage.

Die linksradikale **„Welt am Montag"** ist der Ansicht, daß die Deutschnationalen mit ihren Gewinnen auf Kosten der Nationalsozialisten und des Zentrums keinen Staat machen könnten. Das Zentrum habe für den Kuhhandel mit Hitler büßen müssen. Der eigentliche Verlierer sei Hitler, aber gerade mit seinem Verlust sei er das, was er nicht sein wollte: er werde regierungsfähig; komme es, was wahrscheinlich sei, zu einer Verständigung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, dann werde Hugenberg das Zünglein an der Waage bilden und beide Parteien am Gängelbande führen. Die Kommunisten müßten jetzt zeigen, was sie können.

Die demokratische **„Montagspost"** betrachtet „den siebenten Reichstag als Uebergangsparlament, das zwar doch noch nicht die Linie gefunden hat, auf der nunmehr eine Zusammenarbeit auf lange Sicht möglich ist. Nur eine vollkommene Wandlung der Parteien könnte dieses Uebergangsparlament in ein Dauerparlament verwandeln".

Die **„Münchener Neuesten Nachrichten"**: Der Wahltag habe gezeigt, daß die gegenwärtige Reichsregierung von den Wahlen nichts Entscheidendes zu erwarten hatte. Sie werde also entweder den Versuch einer Verständigung mit dem Reichstag machen und im Falle des Scheiterns eines solchen Versuchs zurücktreten müssen, oder aber sie habe noch die Kraft, ohne Reichstag und — ohne Neuwahlen zu regieren. Ein Drittes gebe es nicht mehr. Die Wahl zu wiederholen, lohne sich nicht mehr.

Das **„Hamburger Fremdenblatt"** schreibt, die Zunahme des Radikalismus auf der Linken nicht zu übersehen, sei Aufgabe sowohl der bürgerlichen wie auch der sozialdemokratischen Führer und der Regierung. Hauptergebnis scheint dem Blatte zu sein, daß die Zweifel an der Möglichkeit, den Radikalismus des Bürgertums einzudämmen, jetzt überwunden worden seien.

Die **„Frankfurter Zeitung"** ist der Ansicht, daß es notwendig sein wird, jenen großen überparlamentarischen Zusammenschluß zustande zu bringen, den alle Einsichtigen schon seit Monaten fordern. Ob man innerlich schon soweit sei, hänge wesentlich davon ab, was der Nationalsozialismus aus diesem Jahre gelernt habe.

Die **„Kölnische Zeitung"** nennt das Ergebnis der Reichstagswahl einen Erfolg für Papen und für die bisherige Politik der Reichsregierung. Das Blatt sagt: „Der Erfolg Papens wird noch größer, wenn man überlegt, welches Ziel er bei dieser Wahl verfolgte.

Der **„Völkische Beobachter"** sagt in seinem Leitartikel, den Kommunisten in wenigen Monaten zu 100 Reichstagsmandaten verholfen zu haben, sei die hervorstechendste Leistung der Regierung. Papen habe die bereits auf dem Aussterbeetat stehenden Parteien erneut gestärkt. Von der deutschen Freiheitsbewegung seien dank der gemeinsamen Anstrengung aller eine Anzahl nicht zur Wahl gegangen. Am politischen Zustand sei trotz der großen Einheitsfront gegen Hitler nichts geändert worden. Die NSDAP. sei mit weitem Abstand die stärkste Partei Deutschlands geblieben. Der Nationalsozialismus sei stärker als seine Gegner zusammen, er stehe auf einer unerschütterlichen Grundlage, deshalb werde ihm die Macht auch notwendig zufallen müssen.

*

Französische Pressestimmen zum Wahlausgang

Paris, 7. Nov. Zum Ergebnis der Reichstagswahl schreibt „Petit Parisien", der Tag bedeute alles in allem einen Erfolg für das neue Regime, selbstverständlich einen relativen Erfolg. Es ist ihm aber gelungen, die Hitlersche Dynamik zu brechen. „Journal" spricht ebenfalls von einem Erfolg der Reichsregierung insofern, als die schwarz-braune Mehrheit gebrochen sei, daß nur ein Regime in Deutschland möglich sei, das sich auf Reichswehr und Polizei stütze. Der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht bleibe Marschall Hindenburg.

„Oeuvre" meint, daß die Anzeichen für die Rückkehr zu einer gewissen Stabilität sich immer häufiger zeigten.

„Ordre" nennt Hitler den großen „Besiegten" des gestrigen Tages. Dagegen stärke der Sieg der Anhänger Hugenbergs die Lage der Regierung Papen.

„Figaro" meint: Angesichts einer kaum tiefgreifend geänderten Lage und eines ziemlich verworrenen Volkswillens bleibe Hindenburg der Herr.

Londoner Stimmen

London, 7. Nov. In den Berliner Berichten der Presse werden besonders der schwere Stimmenverlust der Nationalsozialisten und der starke Zuwachs der kommunistischen Stimmen hervorgehoben. Ferner wird darauf hingewiesen, daß sich wieder die überwiegende Mehrheit der Wählerschaft gegen die jetzige Regierung erklärt habe. Der Berliner Korrespondent der „Times" sagt: Der Wahlfeldzug hat gezeigt, daß das innerpolitische Leben Deutschlands immer verworrener wird. Die Kommunisten haben die patriotische Trommel gerührt, um den Nationalsozialisten Stimmen zu entziehen, diese Hohepriester der Vaterlandsliebe, haben die „feinen Leute" angegriffen, die sie in der Regierung der Barone vertreten sahen. Die Nationalsozialistischen Verluste sind ein schwerer Schlag für die Partei, da zum erstenmal seit 1928 ihre Stimmen zurückgegangen sind.

„Daily Expreß" hebt hervor, daß Hitlers Partei nach wie vor die stärkste sei, und sagt, ihre Verluste seien nicht so groß gewesen, wie erwartet worden war. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail" sagt: Wenn Hitler endlich begreift, daß seine Partei nicht allein in Deutschland herrschen kann und daß er mit anderen Parteien zusammenarbeiten muß, dann ist es möglich, daß eine Grundlage für eine Regierung gefunden wird.

Die weitere Entwicklung

nach der Reichstagswahl

Berlin, 7. Nov. In politischen Kreisen bespricht man lebhaft die Frage, wie die innerpolitische Entwicklung nun nach der Reichstagswahl weitergehen wird. Im Parteileben wird nach der Anspannung des Wahlkampfes erst einmal eine Ruhepause eintreten, die noch durch den heute in Kraft getretenen Burgfrieden vergrößert wird. Währenddessen gehen natürlich die Erörterungen in den politischen Kreisen weiter. Zunächst wird der Reichskanzler wie üblich dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Reichstagswahl und die sich daraus ergebende Lage Vortrag halten. Darauf wird Reichskanzler von Papen **die Parteien demnächst erneut vor die Frage stellen, ob und unter welchen Bedingungen sie zur Mitarbeit an den Zielen der Reichsregierung bereit sind.** Besonders interessant wird in diesem Zusammenhang die Haltung der Nationalsozialisten sein. Die Hoffnungen, daß sie positiv ausfällt, sind nach den ersten Aeußerungen, die nach der Wahl von nationalsozialistischer Seite bekannt wurden, recht gering, da es den Anschein hat, daß Adolf Hitler von seiner Forderung der ganzen Macht nicht abgehen wird. Man hat den Eindruck, daß seine Umgebung mit Ausnahme einer einzigen Persönlichkeit ebenso denkt. Auf der anderen Seite ist die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum im neuen Reichstag nicht mehr vorhanden und der Gedanke, daß etwa die Deutsche Volkspartei zu einer solchen Koalition stoßen könnte, wird uns von maßgebender volksparteilicher Seite als vollkommen unsinnig bezeichnet.

Versagen sich die Parteien einem erneuten Aufruf zur Mitarbeit, ohne gleichzeitig imstande zu sein, eine positive Regierungsmehrheit zu stellen, so ist der Reichspräsident nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, das Reichskabinett von Papen weiter zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wird übrigens betont, daß das Wahlergebnis die Position der Reichsregierung stimmungsmäßig sehr gefestigt habe, weil ihre Anhänger an Boden gewonnen und die Gegner verloren haben.

Diese Erwägungen werden den zeitlichen Raum bis zum Zusammentritt des Reichstages ausfüllen, also voraussichtlich die nächsten vier Wochen; denn man rechnet damit, daß das neue Parlament zum erstenmal am Dienstag, den 6. Dezember, zusammenkommen wird. Seine erste Aufgabe ist dann die Wahl des Präsidiums. Gleichzeitig schon wird die Reichsregierung dem Reichstag ihre Pläne für die Verfassungsreform vorlegen. Während der alte Reichstag im Zeichen des Wirtschaftsprogrammes stand, wird also der neue im Problem der Verfassungsreform seine Arbeitsfähigkeit zu beweisen haben. Man wird abwarten müssen, ob das praktisch noch in diesem Jahre der Fall sein wird oder ob der Reichstag es vorziehen wird, die nächsten großen Entscheidungen über die Weihnachtsferien in den Januar hinein zu vertagen.

In Kreisen, die der Regierung nahestehen, rechnet man mehr auf eine langsame parlamentarische Entwicklung, weil gewisse oppositionelle Parteien, deren finanzielle Mittel schon im letzten Wahlkampf geschwächt waren, in eine neue Wahlschlacht auch noch mit einem Verlust von Vertrauen hineingehen müßten. Ob diese Voraussetzungen ausreichen, den Gedanken einer offenen oder verschleierten Regierungsmöglichkeit zu begründen, das erscheint im Augenblick wohl zweifelhaft; immerhin überwiegt aber in der Beurteilung die Annahme, daß die Parteien sich mit ihrer endgültigen Stellungnahme nicht überstürzen werden, so daß also die letzten Entscheidungen des neuen Reichstages und damit gegebenenfalls die über sein Schicksal erst anfangs nächsten Jahres zu erwarten ist.

*

Das Reichstagswahlergebnis in Braunschweig

Braunschweig, 7. Nov. Im Freistaat Braunschweig stellt sich das Wahlergebnis wie folgt:

Nationalsozialisten 136 765 (156 148), Sozialdemokraten 109 261 (108 469), Kommunisten 34 631 (29 771), Zentrum 5138 (6035), Deutschnationale 20 300 (15 800), Deutsche Volkspartei 6723 (3689). Bemerkenswert ist, daß **die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli im Lande Braunschweig über die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen verfügten, nach den Reichstagswahlen vom 6. November hinter der absoluten Mehrheit zurückblieben.**

Der Oldenburgische Ministerpräsident Röver zum Wahlausgang

T.U. **Oldenburg**, 7. Nov. Der oldenburgische Ministerpräsident Röver erklärte zum Wahlergebnis, daß eine aus dem Boden gestampfte Bewegung wie die der Nationalsozialisten auch einmal Rückschläge ertragen müsse; denn sie sei eine zeitlose Bewegung. Heute sehen wir an den Stimmen der S.P.D. und K.P.D., daß der gesamte Marxismus noch nicht geschlagen ist, und erkennen damit, wie schwer es ist, den Aufschwung in Deutschland zu vollziehen.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[10

Eine Tür flog wütend ins Schloß.

Gleich darauf prallte Frau Dovikat zurück, denn vor ihr in der Türöffnung stand eine elegante Männergestalt, wie sie hier in dieser kleinen, schlechten Pension sonst nicht zu sehen war. Dieser Herr zog die Tür hart hinter sich zu — und nun erst sah ihn auch die junge blonde Frau, die tränenüberströmt auf dem Sofa mit dem zerschlissenen Bezug zusammengesunken war. Sie schrie auf.

Aber Weltner kümmerte sich im Augenblick nicht um Edith. Mit harter Stimme wandte er sich an die fassungslose Wirtin:

„Sofort hören Sie mit Ihrem ordinären Gezanke auf!" sagte er drohend. „Frau Bernheim wird nicht darauf warten, bis Sie sie an die Luft setzen; sie wird es vorziehen, sofort Ihre elende Spelunke hier zu verlassen."

Jetzt fand die dicke, ordinäre Frau die Sprache wieder.

„Was fällt Ihnen denn ein?" kreischte sie in den höchsten Tönen. „Wer sind Sie denn überhaupt, mein Herr, und was unterstehen Sie sich? Das ist der Dank, daß man dieser feinen Dame das Mietgeld für eine Woche gestundet hat!"

Zitternd wollte sich Edith von ihrem Sofa erheben und zwischen die vor Wut rasende Frau und Rechtsanwalt Weltner treten.

Mit einer energischen Gebärde schob der junge Anwalt die zitternde Frau fort.

„Beschmutzen Sie sich nicht, Frau Edith", sagte er. Dann riß er aus seiner Brieftasche einen Hundertmarkschein heraus.

„Nehmen Sie!" klang seine herrische Stimme der Wirtin entgegen. „Ich denke, das wird genügen. Ich verzichte auf Abrechnung, wenn Sie jetzt sofort verschwinden und Frau Bernheim bis zu ihrem Fortgehen vollkommen unbehelligt lassen."

Die Wirtin stand einen Augenblick unschlüssig da. Am liebsten hätte sie eine giftige Antwort gegeben, aber der große Geldschein in ihrer Hand und die drohende Miene des eleganten Herrn ließen es ihr klüger erscheinen, zu schweigen.

So zwang sie sich zu einem süßlichen Lächeln.

„Nichts für ungut", sagte sie, „man ist halt auch nur eine arme Frau und muß auf sein Geld schauen. Hätte ich gewußt, daß die Dame so feine Freundschaften hat ..."

„Verschwinden Sie!" sagte der Rechtsanwalt noch einmal ganz leise, aber in einem Ton, daß Frau Dovikat im nächsten Augenblick die Tür hinter sich schloß.

Weltner machte eine Bewegung mit den Händen, als wollte er etwas Unsauberes von sich abschütteln. Dann wandte er sich zu Edith, die ihn mit großen, entsetzten Augen anstarrte.

„Da bin ich ja gerade noch zur rechten Zeit gekommen, gnädige Frau!" sagte er und zwang sich zum Lachen, um der verängstigten kleinen Frau Zeit zu geben, sich zu fassen. „Das ist ja eine schöne Megäre, in deren Klauen Sie da gefallen sind. Aber nun sind wir sie los. Nun, was ist denn?" unterbrach er sich, denn ein heißes Schluchzen ertönte.

„Aber liebe, gnädige Frau!" sagte Weltner herzlich. „Warum weinen Sie denn?"

„Weil Sie dazugekommen sind und dies alles mit angehört und angesehen haben!" kam es stoßweise aus dem Munde Ediths. „Und nun haben Sie diese ganze Misere hier gesehen."

„Ja, die habe ich gesehen, und es ist gut, daß ich zur rechten Zeit kam, um Sie hier herauszuholen. Was wollen Sie denn nun beginnen, gnädige Frau?"

„Das weiß ich nicht", kam es wie ein Hauch von Ediths Lippen.

„So, das wissen Sie nicht? Aber ich weiß es. Sie werden jetzt sofort packen; ich schicke Ihnen meinen Chauffeur, und dann werden Sie in eine anständige kleine Pension gehen. Und morgen werden Sie sich ein Zimmer suchen, das Ihnen zusagt."

Edith sah den jungen Anwalt mit einem herzzerreißenden Blick an:

„Und wovon soll ich das bezahlen? Da Sie nun schon einmal in mein Elend hineingesehen haben, ist es ja zwecklos, noch länger den Schein aufrechtzuerhalten. Ich weiß nicht, wovon ich leben soll, und ich weiß auch nicht, wovon ich Ihnen das je zurückgeben soll, was Sie der Frau da eben in die Hand gedrückt haben. Lassen Sie mich doch!" schrie sie plötzlich auf. „Lassen Sie mich doch! Ich will keine Almosen annehmen, von niemandem und von Ihnen am allerwenigsten, dem ich schon so viel schulde!"

Sie hatte die letzten Worte in einer leidenschaftlichen Erregung herausgeschleudert. Ihre bleichen Wangen glühten. Ihre Augen hatten einen fiebrigen Glanz, der sie noch seelenvoller erscheinen ließ. Aber mit diesem Ausbruch war ihre Energie auch erschöpft.

Sie fiel haltlos in ihren Sessel zurück und sah starr vor sich hin.

„Ruhe jetzt!" befahl sich Weltner, den der Verzweiflungsausbruch der jungen Frau tief ergriffen hatte. Hier war eine Menschenseele aus dem Gleichgewicht gekommen. Da half nur Ruhe und Ueberlegung, um sie nicht noch scheuer zu machen.

„Sie sehen die Situation falsch an, gnädige Frau!" sagte er ganz ruhig. „Es kann sich in gar keinem Fall um ein Almosen handeln. Daß ich gerade zurecht kam, um Sie vor den Beleidigungen dieser Person, dieser Wirtin zu schützen, ist ein glücklicher Zufall, für den ich dankbar bin. Das Geld hoffe ich ihr mit Ihrem Einverständnis gegeben zu haben. Wenn es zuviel war, so werden Sie freilich die Leidtragende sein, nämlich dann, wenn Sie es mir wiedergeben werden. Bitte, lassen Sie mich ausreden. Ich kam nämlich aus einem rein geschäftlichen Grunde hierher. Ich wollte Sie fragen, ob Sie schon eine Stellung haben, oder ob Sie noch frei sind."

(Fortsetzung folgt.)